

Tabak-Arbeiter

Nr. 49 / Bremen, den 5. Dezember 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 Pf. ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Pf. für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: Am Domshöhe 20780. Geld- und Einschreibebingungen an Johannes Krohn. Postfach. 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsauschußvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Besenbindehof 57, Zimmer Nr. 24.

Festigt die republikanische Front!

Als furchtbare Mahnung an alle Arbeiter in Deutschland sind die Dokumente anzusehen, die der Gerichtsassessor Dr. Best, Amtsanwalt in Alzey und nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter für Hessen, verfaßt hat für den Zeitpunkt der gewaltsamen Uebernahme der politischen Macht durch die nationalsozialistische Partei und deren SA-Kolonnen. Dr. Schäfer, leitender Wirtschaftsreferent und Kreisführer der Nationalsozialisten in Offenbach, Landtagsabgeordneter für Hessen, unterbreitete wichtige Bürgerkriegsdokumente der Nazis dem Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M., und der preußische Minister des Innern übergab sie dann dem Oberreichsanwalt und zugleich der Öffentlichkeit. Die Verfasser dieser Dokumente rechnen voranschauend mit dem plötzlichen Verschwinden der gegenwärtigen Staatsbehörden und deshalb stellen sie den Nazis u. a. folgende vorsorgliche Maßnahmen bei ihrer Machtübernahme in Aussicht:

1. Die ordnende Macht steht allein bei den SA und Landeswehren. Ihre Führung hat deshalb das Recht und die Pflicht zur Rettung des Volkes die verwaiste Staatsgewalt zu ergreifen und auszuüben.

2. Die Befehlshaber der SA und Landeswehren befehlen, daß jeder Anordnung der SA und Landeswehren sofort Folge zu leisten ist. Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft.

3. Jede Schußwaffe ist binnen 24 Stunden an die SA abzuliefern. Wer nach Ablauf dieser Frist im Besitze einer Schußwaffe betroffen wird, wird als Feind der SA und des deutschen Volkes ohne Verfahren auf der Stelle erschossen.

4. Jeder im Dienste öffentlicher Behörden oder öffentlicher Verkehrsanstalten stehende Beamte, Angestellte und Arbeiter hat sofort seinen Dienst wieder aufzunehmen. Widerstand und Sabotage wird mit dem Tode bestraft.

5. Alle Lebensmittel stehen zur Verfügung der SA und der Landeswehren und sind an deren Beauftragte auf Anforderung ohne Entgelt abzuliefern. Jeder Verkauf und jede tauschweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten. Als Strafe wird Einziehung des gesamten Vermögens und daneben Freiheits- und Todesstrafen in Aussicht gestellt.

6. Die Bürgermeistereien haben Kollektivspeisungen einzurichten und die Ausgabe der Lebensmittelkarten vorzubereiten.

7. Die Führung der SA und Landeswehren ist gezwungen, zur Rettung des Lebens der Bevölkerung über alle vorhandenen Vorräte an verbrauchbaren lebensnotwendigen Gegenständen, d. h. über den gesamten Ertrag des Volkvermögens und damit des Vermögens jedes einzelnen Volksgenossen zu verfügen. Es gibt bis zu anderweitiger Regelung kein Privateinkommen mehr.

8. Einrichtung von Feldgerichten zur Aburteilung von Verstößen gegen den „Befehl an die Bevölkerung“ und gegen die Notverordnungen, um den Anschein der Willkür zu vermeiden. Vereinfachtes und beschleunigtes Verfahren soll in Anlehnung an die Strafprozeßordnung durch den Einzelrichter, wenn Todesstrafe in Frage steht, durch drei Richter erfolgen.

9. Jeder Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechts ist vom 16. Lebensjahr zur Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet. Art, Maß und Organisation der Pflichtarbeit wird nach dem örtlichen Bedürfnis geregelt.

Raum hatte die Öffentlichkeit davon Kenntnis genommen, bemühte sich die gesamte Rechtspresse, die Reichsleitung der Nazis in München und interessanterweise auch der Oberreichsanwalt, die völlige Harmlosigkeit dieses Hochverratsmaterials zu beweisen. Letzterer stützte sich insbesondere darauf, daß in dieser Anweisung für die künftige SA-Diktatur steht, daß erst „nach Ueberwindung der Kommune“ nach obigen Richtlinien verfahren werden soll. Wir fragen: Welche Töne würde dieselbe Presse wohl anschlagen und welche Maßnahmen der Oberreichsanwalt

ergreifen, wenn ähnliche Beweisstücke bei Kommunisten gefunden worden wären, niedergeschrieben für eine Zeit, in der sie, nach Ueberwindung des Dritten Reichs, mit allen Mitteln der Gewalt daran gehen würden, unter der Autorität des Roten Frontkämpferbundes ihr Sowjetdeutschland auf Hunger und Blut zu gründen. Im vorliegenden Falle hat man trotz der Echtheit der Borheimer Beweisstücke von Verhaftungen abgesehen. Erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat sich der Oberreichsanwalt entschlossen, die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu beantragen.

Es hätte dieser erneuten Demaskierung des deutschen Faschismus wirklich nicht bedurft, denn die Bluthetze der Nazis hat in zahlreichen Orten Deutschlands genügend Opfer gefordert. Daß die Fememörder, die mit Hilfe der kommunistischen Reichstagsfraktion befreit wurden, als Führer von SA-Kolonnen sich betätigen, beweist hinreichend die menschenfreundlichen Absichten der Nazis. Unvergessen sind ferner die Hinweise Hitlers vom „Körperrollen“ und die zahlreichen Reden des Naziministers Frick, der in Frankfurt a. d. O. am 30. Oktober d. J. unter dem rasenden Beifall der sogenannten „rauhem Krieger“ erklärte, daß 24 Stunden nach ihrer Machtergreifung der Marxismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet werde, wobei natürlich einige Zehntausende von marxistischen Führern zu Schaden kommen würden. Auch hier fanden sich bisher weder Richter noch Gerichte, die gegen diese Mordhetze eingeschritten wären. Die fortgesetzten Legalitätsscheiße der Hitler, Frick und Göring haben doch nur Wert für politisch Unmündige, die sich freilich, allem Anschein nach, bis in die höchsten Stellen der Justiz, der Verwaltung und der politischen Führung finden. Die Vertrauenswürdigkeit in der Nazi-Leitung, die von der Eroberung der politischen Macht auf legalen Wege redet, aber nicht verhindern kann oder nicht verhindern will, daß ihre Unterführer illegale Diktaturmaßnahmen bis ins einzelne vorbereiten, wird erneut offenbart in dem Putschplan. Die Sturmkolonnen der SA lechzen geradezu nach der von ihnen erwarteten Schreckensherrschaft, die Deutschland angeblich befreien soll.

Mit Arbeitsdienstpflicht, Hungersnot, Feldgerichten und Massenerschießungen wollen sie nach diesen unwiderleglichen Dokumenten das Dritte Reich aufrichten. Das bedeutet für das gesamte deutsche Volk mörderischen Bürgerkrieg, ein furchtbares Blutbad und schließlich Auflösung des Reiches.

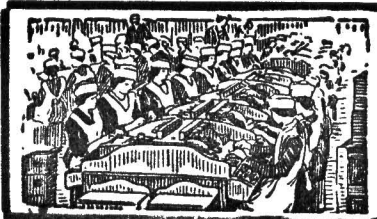
Glauben die Naziführer mit ihrem Anhang wirklich, daß Millionen deutscher Republikaner sich diesen grauenhaften Zuchthausstaat so ohne jede Gegenwehr aufzwingen lassen?

Deutschland ist nicht Italien!

Das Borheimer Dokument ist ein neues Beweisstück für die Putschpläne der SA. Niemand hätte solcher Plan entwickelt werden können, wenn die deutsche Arbeiterklasse seit 1918 sich nicht im politischen Meinungskampf gegenseitig geschwächt hätte.

Noch ist es nicht zu spät!

Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte in den Gewerkschaften aller Richtungen stehen in geschlossener Front zusammen gegen alle Putschisten von rechts und links. Wer den Bürgerkrieg ablehnt und auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung eine Gesundung der Verhältnisse in Wirtschaft und Staat erstrebt, der muß unverzüglich sich diesem stärksten republikanischen Block anschließen, denn nur an dem Widerstand dieses republikanischen Blocks, wenn er entschlossen ist, seine ganze Kraft einzusetzen, können alle Pläne der Putschisten zerfallen. Der vorzeitig enthüllte Diktaturplan muß zum Signal stärkster Aktivität, zum Auftakt breitester Aufklärungsarbeit werden,



Zigarrenbranche



Gegen Wirtschafts-anarchie und Lohndruck

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes war sicher gut beraten, als er sich dazu entschloß, in allen Gebieten, wo die Zigarrenherstellung in größerem Umfange zu Hause ist, Bezirkskonferenzen abzuhalten. Ihr Zweck war einmal, einem größeren Kreis von Vertretern der Kollegenschaft Gelegenheit zu geben, sich über die Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Begleiterscheinungen auszusprechen, und zum anderen — wir ver-raten kein Geheimnis — die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenherstellung gegen direkten und indirekten Lohnabbau zu mobilisieren und auf die Tarifverhandlungen im kommenden Frühjahr vorzubereiten. Die Konferenzen haben, das kann mit Genugtuung festgestellt werden, überall einen guten Verlauf genommen und ihren Zweck voll und ganz erfüllt. Sie haben aber auch den Beweis dafür erbracht, daß die Tabakarbeiter-schaft trotz Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ungebrochen dasteht und nicht gewillt ist, von ihren Rechten irgend etwas preiszu-geben. Hieran kann auch die verschiedentlich erpreßte Bereit-willigkeit, unter Tarif arbeiten zu wollen, nichts ändern.

Am 17. Januar 1920 wurde der erste Reichstarifvertrag für die deutsche Zigarrenherstellung abgeschlossen. In den annähernd zwölf Jahren, die seitdem verfloßen sind, hat es an Ausein-anderetzungen über den Wert des Tarifvertrages und seiner einzelnen Bestimmungen nicht gefehlt. Auch innerhalb der Kolle-genschaft war die Meinung über das neugeschaffene Werk zu-nächst durchaus nicht einheitlich, weil die Dinge vielfach von rein örtlichen und betrieblichen Gesichtspunkten aus beurteilt wur-den. Nach und nach hat sich jedoch der Gedanke von der Notwen-digkeit und Zweckmäßigkeit des Tarifvertrages auf zentraler Grundlage immer mehr durchgesetzt, so daß es grundsätzliche Gegner desselben innerhalb der Tabakarbeiterschaft wohl kaum noch gibt. Neben der allgemeinen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kam es dem Deutschen Tabakarbeiter-Ver-band bei allen Tarifverhandlungen darauf an, die Spanne zwischen den Löhnen in den verschiedenen Teilen Deutschlands möglichst zu verringern, indem unten gehoben und oben kurz getreten wurde.

Auf der anderen Seite haben die Zigarrenfabrikanten es nicht an Versuchen fehlen lassen, das Rad der Entwicklung rück-wärts zu drehen und die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ver-schlechtern. Einen gewissen Erfolg hatten diese Bestrebungen um die Jahreswende 1923/24, als die Kasse des Deutschen Tabak-arbeiter-Verbandes infolge der Inflation leer war und ein Teil der Kollegenschaft die Gewerkschaftszugehörigkeit für überflüssig hielt. Aber schon nach kurzer Zeit ging es wieder aufwärts. Im Herbst 1927 glaubte der Reichsverband deutscher Zigarrenher-steller dann durch eine Generalaussperrung das Wirken und den Einfluß des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes auf Jahre hin-aus lahmlegen zu können. Der Plan mißlang. Die Aussperrung bemirkte das Gegenteil und die Zigarrenarbeiterschaft konnte, gestützt auf ihre Organisation, auch fernerhin vorwärts schreiten. So war es möglich, den Durchschnittsverdienst eines Vollarbei-ters in der Zigarrenherstellung von 897 M im Jahre 1925 auf 1203 M im Jahre 1930 zu steigern, wobei allerdings nicht über-sehen werden darf, daß in der Zahl für 1930 die Angestellten-gehälter mit enthalten sind.

Dann setzte die Wirtschaftskrise ein, deren Auswirkung sich für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie infolge der Tabaksteuererlasse vom 22. Dezember 1929 und vom 1. De-zember 1930 noch bedeutend verschärkte. Während die durch-schnittliche Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Deutschen Tabak-arbeiter-Verbandes in den Jahren

1907/13	1919-22	1923/24	1925/27	1928/30
8,5 v. H.	6,5 v. H.	18,8 v. H.	14,2 v. H.	15,2 v. H.

betrug, waren Ende Oktober 1931, also kurz vor Weihnachten, von je 100 Verbandsmitgliedern nicht weniger als 35,3 völlig arbeitslos. Schon diese Gegenüberstellung zeigt die verheeren-den Folgen der Wirtschaftskrise und der Tabaksteuererlässe. Sie zeigt aber auch die Notwendigkeit einer allgemeinen Arbeitszeit-

verkürzung, um die große Zahl der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen der Tabakindustrie wieder in den Produktions-prozess einreihen zu können.

Ueber die Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Begleiterschei-nungen ist in der letzten Zeit soviel geredet und geschrieben wor-den, daß es sich erübrigt, hierüber noch längere Ausführungen zu machen. Erwähnt zu werden verdient nur, daß sich auch in der Tabakindustrie die technische Entwicklung und damit die Ar-beitsproduktivität wesentlich gesteigert hat. Setzt man die pro Kopf-Leistung der beschäftigten Personen im Jahre 1925 gleich 100, so ergibt sich nach den Berechnungen von Wendelsohn in dem vom ADGB. herausgegebenen Buch „Die 40-Stunden-Woche“ im Jahre 1929 für die gesamte Industriearbeiterschaft eine Durchschnittszahl von 128. Für eine Arbeitsleistung, zu deren Bewältigung 1925 noch fünf Arbeitskräfte erforderlich waren, wurden demnach 1929 nicht einmal mehr vier gebraucht. In der Zigarettenindustrie ist die pro Kopf-Leistung im gleichen Zeit-raum sogar von 100 auf 150 gestiegen, so daß im Jahre 1929 zwei Arbeitskräfte daselbe leisteten wie 1925 drei. Aber auch die sonst so konservative Zigarrenherstellung blieb von der Entwick-lung nicht verschont. Schon in der Zeit von 1925 bis 1929 hat sie eine Steigerung der pro Kopf-Leistung von 100 auf 112 zu ver-zeichnen, obgleich die Maschinenarbeit hier erst in den Jahren 1930 und 1931 einen größeren Umfang angenommen hat.

Eine Mitgliederversammlung des Verbandes süddeutscher Zigarrenfabrikanten hat nun am 21. Oktober eine Entschließung gefaßt, wonach die Verwendung von motorisch angetriebenen Maschinen zur Herstellung von Wickeln und Zigarren als uner-wünscht bezeichnet und der Reichsverband deutscher Zigarren-hersteller ersucht wird, mit dem Reichswirtschaftsministerium über ein vorübergehendes Verbot dieser Maschinenarbeit in Ver-handlungen einzutreten. An eine Beseitigung der seit langem üblichen, durch menschliche Kraft angetriebene Hilfsapparate wurde dabei nicht gedacht. Ähnliche Forderungen sind auch von Einsendern in der „Süddeutschen Tabakzeitung“ vertreten wor-den. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß im „Tabak-Arbei-ter“ wiederholt zur Maschinenarbeit Stellung genommen wor-den ist und sich an dieser Stellungnahme seitdem nichts geändert hat, ist eine Wiederholung der früher gemachten Ausführungen wohl nicht nötig.

Entgegengetreten werden muß jedoch der Auffassung, als ob es den Unternehmern, die das Verbot der Maschinenarbeit in der Zigarrenfabrikation oder eine höhere Besteuerung der mit Maschinen hergestellten Zigarren usw. fordern, nur darum zu tun sei, den Arbeiterinnen und Arbeitern zu helfen. Wäre das ihre Absicht, dann hätten sie bei den Tarifverhandlungen im letzten Frühjahr nur die Forderungen der Tabakarbeiter-Ver-bände auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Zeit-lohnes bei Maschinenarbeit zu bewilligen brauchen. Aber beides haben sie rundweg abgelehnt und dadurch zu erkennen gegeben, daß es ihnen um etwas ganz anderes zu tun ist.

In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß für die Unternehmer die Anschaffung und Benugung der Maschinen nur eine Frage der Kapitalbeschaffung und Rentabilität ist. Sind diese beiden Fragen zufriedenstellend gelöst, dann wird kein Zigarrenfabri-kant den Arbeitslosen zuliebe auf die Anschaffung und Be-nutzung von Maschinen verzichten. Wenn im A. d. Z. jetzt gegen die Maschinenarbeit Sturm gelaufen wird, dann aus dem Grunde, weil einige Zigarrenfabrikanten ein Haar in der Suppe gefunden haben. Mehrere von ihnen sind bei der Anschaffung von Maschinen zu weit gegangen und geben sich nun der Hoffnung hin, bei einem Verbot der maschinellen Herstellung von Zigar-ren ihre überflüssigen Maschinen vom Staat erkauf zu bekommen, während andere von einem Verbot der Maschinenarbeit die Be-seitigung einer lästigen Konkurrenz erwarten. Es sind also nur Gründe des Profits, die zur Forderung des Verbots der maschi-nellen Herstellung von Zigarren Anlaß gegeben haben.

Ueber die lohnpolitische Seite der ganzen Angelegenheit folgt ein Artikel in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“.



Verbandsleben



Gau- und Zahlstellenberichte

Bezirkskonferenz Hamburg

Am 22. November tagte in Hamburg im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Konferenz für den Bezirk Hamburg. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kollege K ö n n e d e dem verstorbenen Gauleiter Gottlieb Oertrug einen herzlichen Nachruf. Hierauf wurden die Kollegen K ö n n e d e und Carstedt (Hamburg) als Vorsitzende und der Kollege Keimann (Hendenburg) als Schriftführer bestimmt. Der Kollege K i e l (Bremen) referierte sodann über die augenblickliche Lage in der Tabakindustrie. In klaren Umrissen gab er ein Bild von der allgemeinen augenblicklichen Wirtschaftslage und deren Ursachen, die sich insbesondere für die Arbeiter in einer noch nie dagewesenen Arbeitslosigkeit auswirkte. Von der Weltarbeitslosigkeit sind ungefähr 22 Millionen Menschen betroffen, von denen ein großer Teil auf Deutschland entfällt. Nach den statistischen Erhebungen des ADWB. stehen zurzeit nur 43 v. H. der erfassten Mitglieder in Vollarbeit. In der Zigarrenindustrie sind rund 75 v. H. arbeitslos oder von Kurzarbeit betroffen. Diese Zustände in der Zigarrenherstellung verjagt nun ein Teil der Fabrikanten sich besonders nutzbar zu machen. In erster Linie sind es die Tarifverträge, deren Beseitigung sie herbeiführen möchten. Durch mehrere Beispiele wird die Handlungsweise einer Reihe Fabrikanten ins rechte Licht gerückt. An mehreren Orten, wo die Kollegenchaft an den tariflichen Bestimmungen festhielt, sind diese Verträge gescheitert. Die Organisation werde mit aller Bestimmtheit den Mitgliedern, die auf ihrem Rechte beharren, zu jeder Zeit Hilfe leisten. Auf keinen Fall dürfen sich die Mitglieder darauf verlassen, von der tarifvertragslichen Regelung abzuweichen. Ist doch der Beweis gegeben, daß in den niedriger entlohnten Bezirken die Beschäftigungsmöglichkeiten schlechter sind als in solchen mit höherer Entlohnung. Zum andern komme noch hinzu, daß ein Lohnabbau sich auf die Gestaltung der Preise für Tabakfabrikate nicht verbilligend auswirken könne. Die wahren Ursachen all dieser Pläne liegen auf anderem Gebiete, und sind nur allzu deutlich zu erkennen. Die bestehenden Tarife werden unterminiert, um im Frühjahr beim Ablauf derselben erfolgreicher operieren zu können. In dieser kritischen Zeit muß es Aufgabe aller Funktionäre sein, in aufklärender Weise zu wirken, damit die reaktionären Gelüste der Tabakindustriellen an der Einmütigkeit der Tabakarbeiter scheitern. Ein wirklicher Schutz ist nur die Zugehörigkeit zu der gewerkschaftlichen Organisation. Mit einem vor trefflichen Zahlenmaterial ausgerüstet, gab Redner dann noch ein anschauliches Bild über alle Vorgänge in den einzelnen Sparten der Tabakindustrie. Auch dem technischen Fortschritt in der Zigarrenindustrie, wo sich in immer stärkerem Maße die Entwicklung zum Großbetrieb vollzieht, ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen. In der anschließenden Aussprache, an der sich die Kollegen F r e y h e r (Lübeck), C r e o n, S e l p e n, F u h r m a n n, K i e d, M e y e r, T i m m (Hamburg) und der Gauleiter K ö n n e d e beteiligten, wurden die Ausführungen des Referenten in jeder Hinsicht bekräftigt und ergänzt. Im Schlußwort wurden vom Kollegen K i e l noch einige in der Aussprache aufgeworfene Fragen aktueller Art erörtert und beantwortet und nochmals auf die Bedeutung der Tarifverträge hingewiesen. Zusammenfassend referierte dann der Kollege K ö n n e d e über die in der nächsten Zeit zu erledigenden Aufgaben der Organisation. Er verwies auf die Wichtigkeit der Betriebsfragebogen und erluchte um deren präzise Ausfertigung. Sodann ging Redner auf Agitationsfragen ein. Das verwerfliche Treiben der KGO. wurde nach allen Seiten hin beleuchtet. Aufklärung in die Mitgliederkreise zu tragen, muß die Hauptaufgabe sein, soll den Zerstörern der Gewerkschaftsfront das Handwerk gelegt werden. Die von dem Kollegen K ö n n e d e gemachten Ausführungen riefen eine lebhafteste Aussprache hervor. Mit einem reichhaltigen Material versehen, konnte Kollege C a r s t e d t zeigen, in welcher Richtung sich die Pläne der Widersacher der Gewerkschaften bewegen. Einmütig kam auch hier der Wille zum Ausdruck, daß nur durch eine Stärkung der Organisation allen Widersachern zum Trotz erfolgreiche Arbeit zu leisten sei. Nach einer Ermahnung an die Delegierten, in den Zahlstellen in verstärktem Maße zu wirken, wurde die Konferenz geschlossen.

Bezirkskonferenz Lippe

Am 22. November fand in Lemgo im Gasthaus Reichelt eine sehr gut besuchte Konferenz für den Bezirk Lippe statt. Vertreten waren 12 Zahlstellen durch 53 Delegierte. Nachdem die Kollegen Franke und Borchard für die Leitung, Kollege Koch als Schriftführer der Konferenz bestimmt waren, referierte der Verbandsvorsitzende, Kollege H u s u n g aus Bremen, über die Lage im Tabakgewerbe. Ausgehend von der allgemeinen Wirtschaftslage schilderte er die Auswirkungen der Restriktionen der Unternehmer, die Löhne mehr und mehr abzubauen, um dadurch die Wirtschaft anzukurbeln zu können. Dies sei keinesfalls der richtige Weg, da durch Lohnabbau die Kaufkraft der Masse mehr und mehr geschwächt werde. Es würde daher gerade das Gegenteil von dem erreicht, was die Unternehmer erzielen wollen. Die Kaufkraft der Massen müsse vielmehr durch ausreichenden Lohn gehoben werden, wenn die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden solle. Auch die weitere

Behauptung des Arbeitgebertums, daß durch Lohnabbau die Arbeitslosigkeit gemildert werden könne, sei ein Märchen. Die Arbeitslosenstatistik weise aus, daß z. B. in unserer Industrie in den letzten Jahren wohl eine Produktionssteigerung eingetreten sei, daß aber dennoch, trotz Lohnabbau, die Arbeitslosigkeit eine immer größere Ausdehnung angenommen habe. Dies sei auch mit darauf zurückzuführen, daß auch in der Zigarrenherstellung die Maschine, besonders die Widel- und Zigarillosmaschinen, mehr und mehr Eingang gefunden haben. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, sei nicht Lohnabbau das Allheilmittel, vielmehr sei dieses Ziel zunächst durch Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben. Die 40-Stunden-Woche müsse Allgemeingut werden und zur Erhaltung der Kaufkraft ein Lohnausgleich erfolgen. Schuld an der gegenwärtigen Krise seien nicht, wie die Arbeitgeber so gerne behaupten, die hohen Löhne, Soziallasten usw., sondern vielfache Fehlinvestitionen, indem man größere Mengen von Kapital in unrentablen Gebäuden, Maschinen usw. anlegte. Die Verzinsung dieser Kapitalien soll nunmehr auf die Schultern der Arbeiterschaft abgewälzt werden. Daher der Schrei des Unternehmertums nach Lohnabbau und Senkung der sozialen Abgaben. Gegen diese Bestrebungen hätten wir uns mit aller Energie zu wehren. Auch die Kräfte der Tabakarbeiterchaft müßten zu einer geschlossenen Macht gesammelt werden. Das beste Abwehrmittel sei immer noch eine straff geübte Organisation. Die Leistungsfähigkeit des Verbandes habe sich in den letzten Jahren besonders darin gezeigt, daß für die Tabakarbeiterchaft beträchtliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzwungen werden konnten. Auch die Unterstützungseinrichtungen der Organisation hätten zur Vinderung der Not unter den Mitgliedern wesentlich beigetragen. Aus allen diesen Erwägungen heraus sei festzustellen, daß eine festgefügte Organisation der beste Machtfaktor gegenüber den Gelüsten des Unternehmertums ist. Für die Tabakarbeiterchaft könne es daher nur eine Parole geben: Stärkung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. Die instruktiven Darlegungen des Kollegen H u s u n g wurden von den Anwesenden mit starkem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen Kollegen aus den Zahlstellen B r a s e, H o h e n h a u s e n, S c h ö t m a r und Lemgo. Hiernach sprach der Kollege H u s u n g das Schlußwort. Am Ende der Konferenz forderte der Gauleiter, Kollege B o r c h a r d, die Mitglieder nochmals auf, auch in dieser schweren Zeit treu zum Verbands zu stehen, besonders in der Agitation für die Organisation nicht zu ermüden. So würde und müsse es gelingen, bessere Zeiten für unsere Tabakarbeiter herbeizuführen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband wurde die Konferenz geschlossen.

Bezirkskonferenz Rheinland

Die Gauleitung hatte die Funktionäre der Tarifbezirke Düsseldorf, Köln und Trier-Koblenz, zum 15. November nach Köln zusammenberufen, um mit ihnen die Lage, wie sie in unserer Industrie im Augenblick liegt, zu besprechen. Gauleiter Kollege M ü l l e r stellte zuerst Betrachtungen allgemeiner Art über die Wirtschaftskrise und den Ausbau der Wirtschaft der vergangenen Jahre an. Er untersuchte die Krisenerscheinungen unserer Zeit und erklärte, daß Krisen durch das kapitalistische Wirtschaftssystem bedingt seien. Durch Fehlinvestierung und Falschleitung von Kapital ist die jetzige Krise verhängt worden. Die Arbeitszeit wurde nicht dem Tempo der technischen Entwicklung angepasst, was eine weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Die deutsche Wirtschaftsführung kennt nur ein Ziel: Lohnabbau auf Lohnabbau über die Arbeiterchaft zu verhängen, wobei man sich vollständig der Auffassung verschließt, daß dadurch die Kaufkraft der Massen weiter geschwächt wird und der Innenmarkt keine Belebung erfahren kann. Die eignen Schwächen werden durch Kampfansagen über die Verderblichkeit der Soziallasten, gegen Gewerkschaften und Marxismus, welche als die Schuldigen an dem Elend beichtigt werden, bemäntelt. Man hat bereits eine starke Drosselung auf allen Gebieten der Sozialversicherung durchgeführt und beabsichtigt die weitere Durchführung dieser Aktion. Der Preisabbau bleibt dabei eine versprochene Sache, die man nicht ernst in Angriff nimmt. Der Referent versprühte weiter die internationale Verpflochtenheit der Wirtschaft und kam dabei zu dem Schluß, daß nur auf dem Weltmarkt durch die Zusammenarbeit der Staaten, also international die Wirtschaftskrise gelöst werden könne. Die weiteren Ausführungen des Referenten beleuchteten die Verhältnisse in der Tabakindustrie. Besonders müssen die Versprechungen und Verlokungen der Fabrikanten, wenn der Lohn durch die Gewerkschaft herabgelockt werde, sie in der Lage seien, mehr Leute zu beschäftigen, zurückgewiesen werden. Besonders im Maingebiet sei das Gegenteil der Unternehmerversprechungen eingetroffen. Wo nämlich noch gearbeitet wurde, hat man mittlerweile geschlossen, weil man sich beim Einkauf von Rohstoff verpefult hatte. Nur wenn wir einig und geschlossen im Handeln sind und Aufklärung unter den unorganisierten Arbeitern verbreiten, um die gewerkschaftliche Organisation zu stärken, wird es gelingen, den schweren Winter zu überwinden und für die kommenden Kämpfe gerüstet zu sein. Nach einer regen Aussprache, wobei die Ausführungen des Referenten noch ergänzt und allgemeine Organisationsfragen mit behandelt wurden, konnte die gut verlaufene Konferenz zu Ende geführt werden.

Bezirkskonferenz Mitteldeutschland

Eine von 78 Kolleginnen und Kollegen besuchte Bezirkskonferenz wurde am 22. November im Lokal „Zur Krone“ in Wighenhäusen abgehalten. Vertreten waren die Orte Allendorf, Altmorichen, Dorenbach, Emschwerd, Fürstshagen, Gertenbach, Kleinalmerode, Hann.-Münden, Oberode, Rotenburg, Unterrieden, Werleshausen, Wighenhäusen und Ziegenhagen. Nachdem die Kollegen Koch (Nordhausen), Daleste (Wighenhäusen) und Eckart (Heiligenstadt) ins Büro der Konferenz gewählt worden waren, behandelte Kollege Dahms (Bremen) in anderthalbstündigen und mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen die gegenwärtige Lage unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Zigarrenherstellung. Da der Kern seiner Ausführungen sich im großen und ganzen mit dem Inhalt des Artikels auf der zweiten Seite dieses Blattes deckt, kann hier auf eine Wiedergabe verzichtet werden. In der anschließenden Diskussion sprach sich Kollege Holl (Oberode) gegen die Maschinenarbeit in der Zigarrenherstellung aus und verurteilte die ungleichmäßige Behandlung der Tabakarbeiter und Tabakindustriellen in der Unterstützungs- bzw. Entschädigungsfrage. Gauleiter Kollege Koch (Nordhausen) zeigte an mehreren Beispielen, wie Zigarrenfabrikanten und auch Behördenvertreter versuchen, die Löhne in der Zigarrenherstellung zu drücken. In seinem Schlusswort ging Kollege Dahms auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen näher ein und ermahnte die Kollegenschaft, mehr noch als bisher für die Ausbreitung und Stärkung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zu wirken, um den kommenden Anstürmen in jeder Richtung begegnen zu können. Unter Verschiedenes wurden in der Hauptsache Einzelbestimmungen aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz besprochen, wobei die Kollegen Koch (Nordhausen), Eckart (Heiligenstadt) und Holl (Oberode) aus dem reichen Schatz ihrer Erfahrungen manchen brauchbaren Fingerzeig für die Anwärter und Empfänger von Arbeitslosen-, Wohlfahrts-, Krisen- und Kurzarbeiterunterstützung geben konnten. Nach einem ansehnlichen Schlusswort des Kollegen Koch wurde die harmonisch und anregend verlaufene Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, in das die Delegierten begeistert einstimmten, geschlossen.

Frankenberg. Zu Ehren von 26 Mitgliedern, welche dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband ein Vierteljahrhundert angehören, veranstaltete die hiesige Zahlstelle am 14. November eine Jubilarehrung. Nach allgemeiner Tafel sprach Kollege Fischer den Jubilaren in kurzen Worten den Dank für ihre Treue und Mitarbeit im Auftrage der Zahlstelle Frankenberg aus. Gauleiter Kollege Clement schilderte in längeren Ausführungen Entstehung sowie Aufgaben des Verbandes und sagte im Auftrage des Vorstandes und der Gauleitung den Jubilaren Dank für ihre Treue und Mitarbeit. Nachdem Redner noch den Wunsch geäußert hatte, daß es den Jubilaren noch lange vergönnt sein möge, für die Interessierten der Tabakarbeiter mitzuarbeiten, überreichte er nachstehenden Jubilaren die Ehrenurkunden: Frieda Dieke, Lina Ender, Rudolf Ender, Frieda Haubold, Anna Haufe, Lina Ihle, Clara Kunze, Frieda Köhler, Rosa Lorenz, Selma Lehmann, Antonie Mederade, Hedwig Niebs, Marie Otto, Thella Rebold, Anna Rödel, Amalie Saupe, Martha Lotterwik, Martha Ungethüm, Karl Weisppflug, Anna Winkler, Alara Winkler, Martha Zschaga, Ewald Garlach, Georg Kerstenhan, Paul Köhler und Max Friedrich. Kollege Paul Arnold gab noch die Namen von 43 Mitgliedern bekannt, welche eine Mitgliedschaft von 28 bis zu 42 Jahren hinter sich haben und bereits durch frühere Feiern geehrt wurden. Im Namen der Jubilare sprach der Kollege Kerstenhan den Dank aus für die Ehrungen. Er schloß mit dem Wunsche, daß auch fernerhin alle die Interessen der Tabakarbeiter durch ihre Mitgliedschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband fördern helfen. Durch ein Längchen wurden den Jubilaren dann noch einige fröhliche Stunden bereitet.

Neudorf. Am 21. November fand im Gasthaus „Zur Krone“ eine Mitgliederversammlung statt, die verhältnismäßig sehr gut besucht war. Nachdem der Versammlungsleiter, Kollege Scholl, die Anwesenden ermahnt hatte, den Ausführungen des Referenten recht aufmerksam zu folgen, schilderte Kollege Gärthöfner (Bruchsal) die Rationalisierung und Technisierung in der Zigarrenfabrikation und gab dann ein Bild von der ungeheuren Arbeit, die uns in den kommenden Monaten noch bevorsteht, wenn wir zu dem uns gesteckten Ziele gelangen wollen. Leider befinden sich unter den Arbeiterinnen und Arbeitern der Tabakindustrie immer noch viele, die dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband fernstehen. Unter Hinweis auf alles, was durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß für die Zigarrenarbeiter schon geleistet worden ist, richtete Redner an alle Jugendlichen die dringende Aufforderung, sich um das Banner des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zu scharen. Zum Schluß forderte Redner die Kolleginnen auf, mit dem Vorsatz nach Hause zu gehen, für die Organisation zu werben und unsere Reihen zu stärken. Nachdem Kollege Scholl die Anwesenden ermahnt hatte, in der schweren Zeit treu zum Verbands zu halten, und die Werbearbeit unserer Führer tatkräftig zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen. Dann gings zum gemütlichen Teil über. Erst in später Stunde trennte man sich mit dem Gelübde, in der Werbung für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband weiterhin positive Arbeit zu leisten.

Schöned. Am 17. November fand im Ratskellersaal eine Mitgliederversammlung statt. Nachdem Kollege Max Fischer die wichtigsten Ein- und Ausgänge bekanntgegeben hatte, berichtete er über die stattgefundenen Verhandlungen mit hiesigen Firmen und dem Arbeitsamt. Anschließend trug er die Abrechnung vom 3. Quartal vor. Hieraus war zu ersehen, daß sich die Zahlstelle trotz der wirtschaftlichen Notzeit finanziell gehalten hat, und daß die Mitgliederbewegung immer noch gut ist. Der Martenumsatz ist auf Grund der anhaltenden Kurzarbeit der vielen

Mitglieder zurückgegangen. Im Quartal wurden an 173 Mitglieder 2057,10 Mark Verbandsunterstützung ausgezahlt. Es war dies eine gute Hilfe während der Arbeitslosigkeit oder Krankheit. Auf Antrag des Revisoren Kollegen Fritz Ficker wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Eine eingegangene Petition, welche für die im Februar stattfindende internationale Abrüstungskonferenz bestimmt ist, wurde nach kurzer Aussprache einstimmig angenommen und abschließend je eine an den ADGB, sowie an die deutsche Reichsregierung gesandt. Kollege Ströck (Klingenthal) referierte über die neuen Bestimmungen und Verordnungen in der Arbeitslosenversicherung sowie über die neuen Bestimmungen der Bürgersteuer. Redner verstand es durch seine klaren und sachlichen Ausführungen, die Mitglieder im Bann zu halten. Durch verschiedene Fragenstellungen wurde eine gute Aufklärung in die Versammlung gebracht und der Wunsch geäußert, daß Kollege Ströck nochmals in einer Erwerbslosenversammlung der Tabakarbeiter sprechen möge. Dem soll entsprochen werden. Sodann machte Kollege Ficker noch einige Ausführungen über die jetzige Lage in der Zigarrenindustrie. Wie trostlos es aussieht, beweist die allgemeine Kurzarbeit. Von den vielen Firmen am Ort arbeitet nur ein Filialbetrieb volle 48 Stunden. Redner betonte, daß es vor allen Dingen dringend notwendig sei, geschlossen zur Organisation zu stehen, damit die Tabakarbeiterschaft nicht noch mehr unterdrückt werde und beim nächsten Ablauf des Tarifs dem Unternehmertum ein geschlossenes Bollwerk, eine festgefügte Gewerkschaft, entgegengekehrt werden könne, falls es wieder mit frechen Lohnabbauforderungen komme. Vor allem für uns Schönecker Tabakarbeiter sei es dringend erforderlich, alle geschlossen für den Verband einzutreten und mitzuhelfen, daß unsere traurige Lage nicht noch mehr verschlechtert werde. Erinnert euch und vergeßt nicht, Kollegen, die Abbauforderungen einiger Fabrikanten vor wenigen Wochen, also in einer tariflichen Zeit, die wir durch unsere Organisation zurück schlagen konnten. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten besprochen worden waren, konnte der Vorsitzende die sehr gut verlaufene Versammlung schließen mit den Worten: Bleibt geschlossen!

Bekanntmachungen

Am 5. Dezember ist der 49. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 15. November. Hamburg 900.—
- 21. Nordhausen 500.—, Bamberg 130.60, Freistett 100.—
- 22. Hann.-Münden 500.—
- 23. Danzig 200.—, Blotho 100.—
- 24. Dresden 300.—, Blotho 325.—, Worms 9.77, Frankenberg 1000.—
- 25. Heidenheim 200.—
- 27. Bergedorf 15.—
- 28. Nordhausen 500.—

Bremen, den 1. Dezember 1931.

J. Krohn.



Großer Preisabbau:
Billige böhmische Bettfedern



1 Pfd. graue, gute, geschliffene Bettfedern 60 Pf., best. Qual. 80 Pf. halbw. flaumige 1. 1.20 M., weiße, flaumige geschliff. 1.50 M., 1.90 M., 2.50 M., feinste geschliff. Halbflaum-Herrschafsfedern 3., 4., 5. Pufffedern ungeschliffen, mit Flaum gemengt, halbw. 1.35 M., weiß 1.95 M., w. allert. Flaumruff 2.25, 3.25, 4.25 Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an auch portofrei. Nichtpaßb. wird ungetauscht ob. Geld zurück S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 902. Böhmen

Gummiwaren Hygien. Frauenartikel
 Billige Preise
 Prospekt 1 gratis.
L. Schnurbus, Berlin O 2
 Postfach 120

Gibt ausgelesene
„Tabak-Arbeiter“
 an unorganisierte Kollegen
 und Kolleginnen weiter!

Gummiwaren Hygien. Artikel. Preis.
 T 2 gratis „Medicus“ Berlin SW 68, Alie-Jacobstraße 8

Billige böhmische Bettfedern!



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliff. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschliffene Ruuffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. - Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen
 (Böhmen)

Die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats

Am 25. November trat der Bundesausschuß des ADGB. im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner zweiten Tagung zusammen, um zu der Erklärung des Reichskanzlers Stellung zu nehmen, in der er vom Standpunkt der Reichsregierung aus am 23. November die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats zusammenfaßte. (Siehe vorige Nummer „Tabak-Arbeiter“.)

Kollege Grafmann, der zusammen mit Kollegen Eggert den ADGB. im Wirtschaftsbeirat vertreten hat, betonte in seinem Bericht über dessen Verhandlungen einleitend, daß der Wirtschaftsbeirat infolge seiner unparitätischen Zusammensetzung — 20 Vertreter der Industrie und Landwirtschaft, des Handels und des Handwerks und nur 6 Vertreter der Arbeiter und Angestellten — selbstverständlich gar nicht in der Lage war, Beschlüsse zu fassen. Die Leitsätze, die der Reichskanzler in der Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats vortrug, sind daher in keinem Sinne Beschlüsse des Wirtschaftsbeirates, sondern Folgerungen, die die Reichsregierung aus den Arbeiten der Ausschüsse des Wirtschaftsbeirats gezogen hat. Weder die Vertreter der Gewerkschaften, noch auch, sicherem Vernehmen nach, gewisse Vertreter anderer Wirtschaftskreise dächten daran, ihre Unterschrift unter diese Leitsätze zu setzen.

In großen Zügen gab Grafmann dann einen Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates, der ein anschauliches Bild von den unvereinbaren sachlichen Gegensätzen bot, die im Laufe der Beratungen klar zutage traten. Während sich z. B. der Mittelstand (Handwerk und Kleinhandel) im eigenen wohlverstandenen Interesse gegen weitere Lohnsenkungen wandten, bekannte sich die Industrie, unter dem ständigen Hinweis auf die absolute Notwendigkeit, den deutschen Export konkurrenzfähig zu erhalten, mit größter Entschiedenheit zu einer weiteren Senkung der Löhne und Gehälter. Die Lohnsenkung sei um so eher zu vertreten, als eine Vorleistung der Preise bereits erfolgt sei; schon seit geraumer Zeit sei ein Absinken der Preise festzustellen. Die Löhne seien überdies in den meisten Konkurrenzländern niedriger als in Deutschland. In den Ländern, die bisher günstiger gestellt gewesen seien, sei aber durch die Abkehr von der Goldwährung ein Sinken der Löhne zu erwarten. Die Tarife müßten so gestaltet werden, daß sie regional, branchenmäßig oder betrieblich den Erfordernissen der Wirtschaft leichter angepaßt werden könnten. Unvermeidlich sei auch der Verzicht auf den staatlichen Schlichtungszwang.

Gegenüber dieser Auffassung, die von Seiten der Arbeitgeber nicht erst seit gestern vertreten wird, haben die Vertreter der Arbeiter und Angestellten entschieden und im großen und ganzen durchaus einheitlich die Auffassung der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht daran glauben, daß in den Kreisen der Arbeitgeber eine Bereitschaft vorhanden sei, frei vereinbarte Tarifverträge abzuschließen. In einer wirtschaftlichen Notzeit wie der jetzigen muß der Staat, wenn anders er seine soziale Aufgabe erfüllen will, verhüten, daß die Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger noch unerträglicher werden, als sie es jetzt schon für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten sind. Es komme auf den Reallohn an. Da die Preisenkung aber durch den Lohnabbau mehr als ausgeglichen sei, könne man schon für die vollbeschäftigten Arbeitnehmer von einem Sinken des Reallohnes sprechen. Erst recht gelte das für die Kurzarbeiter. Diese Schwächung der Kaufkraft hat die Lage des Binnenmarktes hoffnungslos verschlechtert. Der Binnenmarkt ist aber ungleich wichtiger als der Auslandsmarkt, so wichtig die Ausfuhr auch ist. Nichts sei in den letzten Jahren gegen die unerträglichen Preisspannen geschehen. Gegen ausländische Schutzzölle ist die Lohnsenkung eine ganz ungeeignete Abwehrwaffe. Die Ursachen der wirtschaftlichen Not in Deutschland seien ganz anderer Art. Sie können mit diesen Mitteln nicht behoben werden. Jede weitere Schwächung der Kaufkraft müsse im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen auf das schärfste bekämpft werden.

Anschließend ergänzte Kollege Eggert den Bericht Grafmanns durch folgende Ausführungen. Zum Verständnis der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat muß die gesamte wirtschafts-, finanz- und reparationspolitische Situation Deutschlands berücksichtigt werden. 25 an der Weltwirtschaft beteiligte Länder haben ihre Währung vom Golde losgelöst. Der Zusammenbruch des englischen Pfundes bedeutet eine verschleierte Lohnsenkung für die englische Arbeiterschaft. Wenn die englische Inflation nicht weiter fortgeschritten ist, so liegt es daran, daß England in größerem Umfang Ansprüche gegenüber dem Ausland hat als Schuldverpflichtungen. Deutschland dagegen hat nur Goldschulden an die Welt in Höhe von etwa 28 Milliarden und so gut wie keine Ansprüche. Die Frage steht daher so, ob Deutschland den Weg der Inflation gehen kann oder nicht. Luther hat

Heirats-Schwindler Diebe * Hochstapler * Erpresser

IV.

„Bicomte de Maurepas“

Die Heiratsannonce — „Hausangestellte mit schönen Ersparnissen“ —
Falsche Pässe aus der Hauptstadt — Die Furcht vor dem Skandal —
Rekord des Heirats-Schwindlers — Jewelendiebstahl in der Diplomatie
— Die „alte Bogelschenke“ — Sein „Künstler“-Name

Von Willy Reese

Paris.

Montparnasse.

Paul Monceau schritt die wenigen ausgetretenen Stufen zu der Kaskemme hinab. Ein übelriechendes, niedriges Loch mit einer dicken Wirtin und einer jammervollen Barmaid. Trübe Gasbeleuchtung. Ein paar heruntergekommene Gäste.

Monceau setzte sich an einen leeren Tisch in der Ecke, bestellte bei der holdselig lächelnden Maid einen Absinth und vertiefte sich in die auf einem Stuhl liegende Zeitung. Es war der „Matin“.

Arbeitsmarkt.

Er fand nichts Passendes.

Er blätterte gelangweilt.

Heiratsgesuche.

Viele Spalten.

Es war eine lustige Lektüre.

Besonders fesselte ihn ein kleines Inserat. Er las es immer wieder:

28jährige Hausangestellte

mit schönen Ersparnissen, blond, wünscht zwecks evtl. späterer Heirat, die Bekanntschaft eines Herrn nicht über 36 Jahre, am liebsten kl. Beamten od. Handwerker. Bildoff. erb. unt. „Fortuna 1000“.

Einzig und allein waren es die „schönen Ersparnisse“, die Paul Monceau lockten. Dieses Inserat war ein Fingerzeig für ihn. Es wies ihm urplötzlich den Weg, seine jammervolle Lage zu verbessern. Er bezahlte seine Zeche und ging grübelnd durch die Straßen. Eine halbe Stunde später saß er schreibend in seinem Zimmer, vier Treppen hoch unterm Dach, einer schrägen Bude, die zu der Wohnung der Witwe Haures gehörte, einer dicken Frau, für deren kupplerischen Geschäfte sich hin und wieder die Polizei interessierte.

Er schrieb:

Sehr verehrtes Fräulein!

Ihre Bekanntschaft zu machen, würde mich sehr freuen. Ich bin 30 Jahre alt, dunkelblond, 1,75 groß, lebensfroh, und man behauptet von mir, daß ich sehr gut aussehe. Ich habe den Wunsch, mein Leben künftighin mit einem Wesen zu teilen, für das ich sorgen kann. Als kleiner Staatsbeamter kann ich eine Familie recht gut ernähren. Mein Bild anbei. Ich bitte, es mir auf alle Fälle zu retournieren.

Mit freundlichen Grüßen

Paul Monceau.

18, IV., rue des Senneres.

sich mit äußerster Energie gegen den Gedanken einer neuen Inflation gewandt. Es würde sofort ein Run auf die Banken einsetzen. Der Kampf um diese Frage endete im Wirtschaftsbeirat daher mit einer Zusage von Krediten, wenn konkrete und sichere Aufträge vorlägen.

Die Regierung schätzt den Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt auf 70 v. H. Nicht nur in der Konsumindustrie, auch in der Produktionsindustrie mangle es an Absatz. Demgegenüber wurde von den Gewerkschaftsvertretern auf die deutsche Ausfuhr verwiesen, die weder mengen- noch wertmäßig einen nennenswerten Rückgang aufweise. Auf diesen Einwand wurde geantwortet, das treffe nur für die Zeit vor dem Pfundsturz zu.

Der Kampf der Gewerkschaften geht um die Erhaltung und Steigerung des Reallohnes. Bis zu einem gewissen Stadium der Verhandlungen schien auch bei manchen Persönlichkeiten der gegnerischen Seite Verständnis für diese Aufgabe zu bestehen. So wurde z. B. von schwerindustrieller Seite erklärt, daß die Preisföskung für Eisen und Kohle der Lohnsenkung prozentual entsprechen müsse. Indessen die Preisföskung dieser Erzeugnisse wie die Senkung der Kartellpreise ist nach Auffassung der Gewerkschaften für die Lebenshaltungskosten fast bedeutungslos. Es kommt darauf an, die überhöhten Handelspreisen zu verringern, da die Landwirtschaft nur auf wenigen Gebieten eine Preisföskung vornehmen kann.

Von einem bestimmten Zeitpunkt der Beratungen an wurde die Grundlage der Aussprache im Wirtschaftsbeirat verschoben. Es stand nicht mehr zur Diskussion, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden könnten. Gegenüber dieser neuen Fragestellung erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß eine Verhandlung darüber für sie überhaupt nicht in Frage komme. Die neue Fragestellung wurde dann dahin präzisiert, daß man entweder bei der Festsetzung der Löhne auf den Stand des Lohnes eines früheren Jahres, etwa 1927, zurückgehen oder eine prozentuale Lohnsenkung vornehmen oder die Parteien zu neuen Tarifverhandlungen bringen müsse, und, wenn keine Verständigung erzielt werde, vor dem Schlichter die Entscheidung herbeiführen müsse. Diese Debatte wurde von den Gewerkschaftsvertretern mit der Erklärung abgebrochen, daß sie keine bindenden Abmachungen über die Lohnbedingungen treffen könnten, das sei Aufgabe der Verbände.

Die Kontroversen im Wirtschaftsbeirat haben gezeigt, daß die Anwesenheit der Vertreter des ADGB zur Abwehr der Unternehmerpläne notwendig gewesen ist.

Die Stellungnahme des ADGB.

In den Ausführungen, mit denen Kollege Leipart die Aussprache eröffnete, wies er darauf hin, daß der Bundesvorstand sich nur unter schweren Bedenken zur Teilnahme an den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates entschlossen habe. Der Reichswirtschaftsrat sei übergangen worden, obwohl er für diese Aufgabe zuständig gewesen wäre. Die unparitätische Zusammen-

setzung des Wirtschaftsbeirates aber zeige schon die einseitige Einstellung der Reichsregierung.

Die Aussprache wurde eingeleitet durch einen kurzen Bericht eines Mitgliedes des Vorstandes der Reichstagsfraktion über die Verhandlungen des Fraktionsvorstandes mit Brüning. In der Aussprache wurde anerkannt, daß die Vertreter des Bundesvorstandes den Standpunkt der Gewerkschaften mit Entschiedenheit vertreten haben. Die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat haben über Haltung und Absicht der Arbeitgeber nichts Neues gelehrt. Die Arbeitgeber wollen zurück auf das Lohnniveau von 1927 und womöglich auf einen noch niedrigeren Stand des Lohnes. Die Gewerkschaften haben sich aber nicht nur gegen die Haltung der Arbeitgeber zu wenden, sondern mit gleicher Schärfe gegen die Reichsregierung. Die Regierung hält sich nicht an die feierlichen Versicherungen, die ihre Vertreter bei verschiedenen Gelegenheiten abgegeben haben. Die Gewerkschaften aller Richtungen müssen dieser zweideutigen Haltung der Regierung ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

In diesem Zusammenhang wurde von verschiedenen Verbandsvertretern darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Teilstreiks, die unter gewerkschaftlicher Führung in der letzten Zeit durchgeführt worden sind, deutlich zeigen, daß die Gewerkschaften keineswegs gesonnen sind, auch unter den gegenwärtigen Umständen auf das letzte Kampfmittel zu verzichten.

Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates sind eine einseitige Wiedergabe der Ansichten der Unternehmer. Diese Ansichten hat die Regierung sich zu eigen gemacht. Eine Senkung der überhöhten Preise muß ohne Lohnsenkung durchgeführt werden. Das zur Erörterung stehende Problem muß im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Die wirtschaftspolitische These der Regierung lautet: „Ein armes Land muß billig sein.“ Diesen Weg, den Weg der Deflation, können die Gewerkschaften nicht mitgehen, denn er ist verhängnisvoll. Er bedeutet die Aufwertung aller Schuldverpflichtungen. Eine solche Erhöhung aller Unkosten wird schließlich auf die Arbeiterschaft abgewälzt. Deflation bedeutet ferner, daß Deutschland dem Inflationsdumping des Auslandes das Lohndumping entgegensetzt. Das aber heißt wieder alle Lasten auf die Arbeiter abwälzen. Das Ausland sperrt sich durch Zölle mehr und mehr ab. Dieses Moment muß bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik der Arbeiterbewegung beachtet werden.

Die Handhabung der Verbindlicherklärung, die heute üblich ist, läuft glatt darauf hinaus, die Gewerkschaften in den Fällen zu binden, in denen sie stark genug wären, einen Angriff auf den Lohn abzuwehren. In allen anderen Fällen aber führt sie zur Preisgabe der Tarifverträge. Gegen das im Reichsarbeitsministerium herrschende Bestreben, auf dem Verordnungswege in geltende Tarifverträge einzugreifen, wendet sich der Bundesausschuß mit größter Entschiedenheit. Unter keinen Umständen darf sich die Regierung dazu hergeben, den Unternehmern zu einem Vorgehen gegen bestehende Verträge den Weg zu ebnen,

Am übernächsten Tag hatte er schon die Rückantwort. Sie stellte ihn für den folgenden Tag, da habe sie Ausgang, nachmittags ½5 Uhr Place Vendôme, vor der Napoleonssäule. Paul Monceau triumphierte.

Er war pünktlich zur Stelle. Die alte Haures hatte ihm seinen Anzug gegen Entgelt ein bißchen aufgebügelt, und die schädigen Stellen fielen somit nicht so ins Auge.

Ein älteres Mädchen, Typ: die Schöne vom Lande, etwas städtisch angehaucht, spazierte vor dem Denkmale des großen Korsen herum und hielt Ausschau nach allen Richtungen. Als er sich ihr artig näherte, wurde sie verwirrt und blutrot im Gesicht, aber er verstand es, ihr über das Peinliche der Situation schnell hinwegzuhelfen.

Paul Monceau führte die Holde durch die Stadt in einen Park, setzte sich dicht neben sie auf eine Bank und verstand es ausgezeichnet, sie zu unterhalten. Er schwindelte das Blaue vom Himmel herunter, und Madeleine Chauder hörte ihm interessiert zu. Sie sah weniger intelligent als liebeshungrig aus. Späterhin, als er sie in ein kleines Café führte, waren sie schon die besten Freunde geworden.

Am Sonnabend trafen sie sich wieder. Sie trafen sich sehr häufig. Tag und Nacht träumte Madeleine von ihrem Paul, der ihr versprochen hatte, sie schon bald zu heiraten.

Eines Tages erklärte er ihr:

„Sobald ich die 13 000 Dollar habe, die ich von meinem Onkel in Südamerika erbe, wird geheiratet, Mausik! Welt?“

Sie errödete holdselig, nickte und barg ihren strohblonden Kopf an seiner Brust. Er küßte sie. Er machte ein Gesicht hinterher, als ob er Essig getrunken hätte. Aber sie sah es nicht. Sie

war glücklich. Sie versprach ihm dann auch, ihm ihre Ersparnisse zu geben, damit er den Erbschaftsprozess zu Ende führen könne. Sie hegte nicht den geringsten Verdacht, daß die Sache mit der Erbschaft aus Südamerika etwa Schwindel sein könne, denn er hatte ihr ja schon vor ein paar Tagen ein Schriftstück eines Anwaltes gezeigt. Er hatte den Brief natürlich gefälscht.

Wenige Tage später hatte er ihre gesamten Ersparnisse von der Bank abgehoben. Unmittelbar darauf erklärte er ihr, daß er zur Regelung seiner Erbschaftsansprüche dringend nach Marseille verreisen müsse. Sie wünschte ihm alles Gute und ahnte nicht, daß sie ihren Paul nie wiedersehen sollte. Sie hatte es ihm ja so leicht gemacht, sie zu beschwindeln.

Paul Monceau war sehr mit sich und der Welt zufrieden. Er kleidete sich in einem Magazin neu ein, und nun erst kam die blendende Erscheinung dieses Mannes voll zur Geltung. Mit Zug und Recht konnte er das Prädikat „schön“ für sich in Anspruch nehmen. Er wirkte auf die Frauen, wie er wollte. Natürlich hatte er sein elendes Quartier bei der alten Haures mit einer schönen Zweizimmerwohnung in einem besseren Viertel vertauscht. Die kleine strohblonde Madeleine hatte er längst vergessen. Wenn er aber einmal an sie dachte, geschah es stets mit einem Gefühl der Dankbarkeit: ihr Heiratsiniferat hatte ihm den richtigen Weg gewiesen! Den Weg, um sich mühe- und arbeitslos zu Geld zu verhelfen. Das war doch ein ganz anderes Geschäft, als die früheren kleinen Lumpereien — Ueberfälle in den Parks — Blünderung einer kleinen Ladenkasse — Einbrüche auf dem Lande in Bauernhäuser u. ä. m.!

Längst war ihm jetzt die Erkenntnis gekommen, daß hier wie dort der große Erfolg in der Spezialisierung lag.

wenn diese geltend machen, daß die „Veränderung der Geschäftsgrundlagen“ eine Aenderung der Verträge bedingen.

Die Aussprache ergab, daß die Vertreter der Verbände der einmütigen Ueberzeugung sind, daß der von der Regierung in der Erklärung des Reichskanzlers vorgezeichnete Weg unter keinen Umständen beschritten werden darf. Er führt unvermeidlich zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage und einer Zuspitzung der politischen Situation. Die folgende Entschliebung faßt das Ergebnis der Aussprache zusammen und wurde vom Bundesauschuß einstimmig angenommen:

Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates geben einseitig die von den Unternehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Notstand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Sie enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen.

Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preissenkung eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu heigern.

Die Gewerkschaften haben von jeher den künstlichen Preisauftrieb durch Hochkuzzölle, Kartellbindungen und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden. Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künstlichen Preissenkung durch währungspolitische Mittel oder zwangsweisen Lohnabbau. Der rechtslose Lohnabbau seit mehr als Jahresfrist hat die deutsche Wirtschaft immer tiefer in das Krisenelend geführt, ebenso das dauernde Gerede von der weiter notwendigen Preissenkung. Es ist höchste Zeit, auf diesem Wege umzukehren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Jede Lohnsenkung wird — wie die Erfahrungen zeigen — vom Auslande sofort als Lohndumping mit weiteren Abwehrmaßnahmen beantwortet. Sie zerstört gleichzeitig die Kaufkraft des für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebenden Binnenmarktes und muß außerdem zur Folge haben, daß das Defizit im Staatshaushalt verewigt wird.

Das Einkommen der Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie in einem Maße gesunken, daß nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit ernsthaft bedroht sind. Damit steht zugleich die Zukunft der deutschen Wirtschaft in Gefahr, weil bei Hungerlöhnen keine Qualitätsarbeit mehr möglich ist.

Der Bundesauschuß erhebt deswegen entschiedensten Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge einzugreifen.

Kolleginnen und Kollegen! Werbt unermüdlich für den Verband

Paul Monceau hatte sich auf Heiratschwindel spezialisiert. Er hatte sich mit bedeutendem Erfolge etabliert.

Mindestens ein Duzend Mädchen hatte er innerhalb des nächsten halben Jahres um ihre mehr oder weniger großen Erparnisse gebracht. Bisher hatte er es hauptsächlich auf Hausangestellte abgesehen. Allmählich ging er auf bessere Berufsstände über. Er gab Gastspiele in den meisten größeren Städten Frankreichs, gelegentlich auch in Belgien und der Schweiz. Immer hatte er vollen Erfolg. Immer trat er unter anderen Namen auf. Aber nicht immer war er mit seiner Beute zufrieden. Diese Fälle nannte er „Nieten“, aber sie waren nicht häufig. Meist hatte er immer gleich mehrere Eisen im Feuer.

Das Geschäft florierte prächtig. Von den erschwindelten Geldern lebte Paul Monceau wie ein Graf. Seine blendende äußere Erscheinung im Verein mit seinem sicheren, weltmännischen Auftreten ebnete ihm den Weg. Sein Paß war stets in Ordnung. Die Pässe bezog er aus Paris. Sie kosteten ihn ein Heidengeld, aber sie waren notwendig für seinen hochstaplerischen Beruf.

Gelegentlich erstatteten seine Opfer Anzeige bei der Polizeibehörde. Er las davon in den Zeitungen. Und er amüsierte sich prächtig. Seine Maschen waren so fein gesponnen, daß man sie nicht so leicht nicht habhaft werden konnte. Er hatte System in seiner Arbeit — und immer größer werdende Routine. Er war ein vollendeter Heiratschwindler und Betrüger. Weil er jeden „Fall“ individuell „behandelte“, und weil er mit mathematischer Genauigkeit operierte. Er war ein großer Schauspieler.

Die Erfolge des letzten Jahres spornten ihn an. Er war erpicht auf größere, gewinnbringendere Unternehmungen. Was

Zweite Tagung des Bundesauschusses des ADGB.

An anderer Stelle dieses Blattes berichten wir über die Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates und den vom Reichskanzler daraus gezogenen Schlußfolgerungen. Daneben hat sich der am 25. November im Berliner Gewerkschaftshaus tagende Bundesauschuß auch noch mit einigen anderen Fragen beschäftigt. So bekundete er seine Meinung zu der geplanten

Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien in folgender Entschliebung:

Der Bundesauschuß des ADGB erhebt in letzter Stunde schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien.

Durch die Zulassung der Nachtarbeit in wenigen Großbäckereien, die für die gesamte Brotproduktion ohne Bedeutung sind, weil über 90 v. H. der Brotversorgung von den Mittel- und Kleinbäckereien erfolgt, kann, wie einwandfrei und unwidersprochen nachgewiesen worden ist, keine Senkung des Brotpreises erfolgen. Nicht durch die Zertrümmerung eines hochwichtigen Arbeitsschutzgesetzes kann eine Preisermäßigung für Brot erreicht werden, sondern durch die Herabsetzung der überspannten Zölle auf Brotgetreide.

Den Bericht über die Lage der

Sozialversicherung in der Krise

erstattet Kollege Welker. Was hier vorgehe, sei nur eine Ergänzung zu den Folgen, die unter dem ersten Punkt der Beratungen erörtert worden seien: Auch hier Abbau sozialer Rechte, auch hier Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft! Ueber die Pläne der Reichsregierung in der Sozialversicherung bestehe noch keine volle Klarheit. Eine Aenderung in der Krankenversicherung und Angestelltenversicherung sei — nach den bisher vorliegenden Informationen — nicht zu erwarten. Dagegen plane man dem Anscheine nach eine „Reinigung“ in den Leistungen der Unfallversicherung und Invalidenversicherung. Außer dem Leistungsabbau sei eine organisatorische Reform in Vorbereitung. Bei der Unfallversicherung solle der Leistungsabbau anscheinend in der Beseitigung der kleineren Renten bestehen. Die Finanzverhältnisse der Invalidenversicherung seien äußerst schwierig. Bei normaler Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben wäre 1935 eine Sanierung der Invalidenversicherung notwendig geworden. 1930 sei jedoch in der Beitragseinnahme ein Ausfall in Höhe eines Drittels der Rentenleistungen eingetreten. Dazu seien andere Einnahmeverluste gekommen. Dennoch bietet die Vermögenslage der Invalidenversicherung keinen Anlaß, eine Sanierung überstürzt vorzunehmen. In den Kreisen der Bürokratie sei jedoch das Bestreben vorhanden, die Sanierung jetzt auf dem Wege der Rentenkürzung durchzuführen.

war das alles bislang gewesen? Bah! Nichts weiter als harmlose kleine Blänkeleien. Nichts Großes. Nichts Imponierendes! Sein Ehrgeiz wurde maßlos.

Er knüpfte Verbindung mit einer sehr reichen jungen Witwe an, mit der Gattin eines Attachés. Sie war häßlich. Aber sie war intelligent. Und an ihrer Intelligenz scheiterte sein Plan. Sie durchschaute ihn zur rechten Zeit, und er hatte gerade noch Zeit genug, sich aus dem Staube zu machen. Große Spesen hatte er gehabt, aber keinen Nutzen.

Das ärgerte Paul Monceau. Deprimierte ihn auch ein bißchen. Der nächste Fall in Toulouse schlug ebenfalls fehl.

Dieser zweite Mißerfolg machte ihn wütend und irre an sich selbst.

Er ging nach Bordeaux. Im Hotel „Metropol“ belegte er, wie gewöhnlich, zwei Zimmer.

Spät abends war er von Toulouse angekommen, und nach dem Abendessen legte er sich gleich zu Bett. Aber er konnte keinen Schlaf finden. Er grübelte — grübelte über neue Kniffe nach.

Zigarette um Zigarette rauchte er im Bett. Die Nachttischlampe verbreitete ein fahles gelbliches Licht.

Monceaus Blick blieb plötzlich auf dem Schreibtisch an der Wand im geöffneten Nebenzimmer haften. Fasziniert.

Zäh schoß eine Idee in seinem findigen Hirn auf — eine fabelhafte Idee — ein Gedanke, der ihn so sehr beschäftigte, daß er erst gegen Morgen einschlief.

Am späten Vormittag betrat er das große Juweliergeschäft von Créce & fils.

Die gegenwärtige Zeit erscheine diesen Kreisen günstig für eine Verschlechterung der Leistungen. Die Gewerkschaften können dazu nicht stillschweigen. Sie müssen verlangen, daß die Sanierung auf dem Wege der Rentenkürzung in dieser schwierigen Zeit unterbleibt. Die Not der Vermitteln des Volkes dürfte keine neue, durch nichts gerechtfertigte Verschärfung erfahren.

Eine zu diesem Punkt vom Bundesvorstand vorgelegte Entschliebung wurde vom Bundesausschuß einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesausschuß weist erneut auf die schwierige Lage der Invaliden- und Unfallversicherung hin, deren finanzielle Grundlagen teils infolge der durch die Arbeitsmarktkrise verursachten Einnahmehausfälle, teils durch den Ausfall der zugesicherten Reichszuschüsse erschüttert sind. Insbesondere die Invalidenversicherung ist durch das Ausbleiben der in der Veg Brüning zugesagten Mittel, durch die Zahlung der Reichszuschüsse, in zurzeit unverwertbaren Schakanweisungen und durch festgefrorene Kredite an Reich, Länder und Gemeindevorstände in ihrer Leistungsfähigkeit auf das schärfste beeinträchtigt. Es wäre ein gewaltiges Unrecht an der Arbeiterklasse, wolle man diese Notlage, die die Versicherungsträger unverschuldet trifft, dazu ausnützen, den Wünschen der Unternehmer nachzugeben und die heute schon völlig unzulänglichen Versicherungsleistungen abzubauen. Der Staat, der für die Sanierung privater Unternehmungen eintritt, hat die Pflicht, in dieser Krise auch der Sozialversicherung Hilfe zu gewähren. Die akuten Schwierigkeiten der Invalidenversicherung wären dadurch zu beheben, daß Reich, Länder und Gemeindevorstände ihre schuldnerischen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsanstalten erfüllen.

Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organisatorischen Verbesserung und Vereinheitlichung erachtet auch der Bundesausschuß für notwendig. Diese Reform muß aber auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Dagegen warnt der Bundesausschuß dringend davor, einen Leistungsabbau auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen. Eine solche wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiterklasse getroffene Maßnahme müßte dem einmütigen Widerstande der Gewerkschaften begegnen.

Hygienische Gedankenlosigkeiten

Gesundbleiben heißt vorbeugen! Wir erholen uns in der Natur, wir wandern, wir treiben Sport, um den Körper zu kräftigen und gegen Krankheiten aller Art widerstandsfähig zu machen. Unter Umständen geben wir dafür viel Geld aus. Auf der anderen Seite aber sind wir im Alltag in hygienischer Hinsicht unüberlegt und gedankenlos.

Da kaufe ich z. B. öfters in einem gutgehenden Lebensmittelgeschäft. Auf der Tafel stehen vor mir offene Schüsseln und Dosen mit Sering in Gelee, Fett, Marmelade, alles in lecherer Zubereitung. Hunderte von Käufern sprechen oder husten täglich über diese Schüsseln weg, bis der Inhaber schließlich merkte, warum ich nie etwas von der Ladentafel haben wollte, und die offenen Waren unter Glaschutz stellte. Ich lasse mir auch alle

„Ich möchte einige Schmuckstücke für meine Frau kaufen“, erklärte er dem Geschäftsinhaber und streifte die Handschuhe ab. Fügte hinzu: „Ein Geschenk für unseren einjährigen Hochzeitsstag.“

Der Juwelier nickte verständnisinnig und erkundigte sich näher nach den Wünschen des vornehmen Kunden, der mit großartiger Geste das Monokel ins linke Auge klemmte, ansonsten aber durchaus nicht affektiert tat.

Monceau suchte eine kostbare Perlenkette im Werte von 60 000 Goldmark aus, dazu einen Brillantring und eine entzückende Busennadel.

Er handelte, aber er handelte in ruhiger, vornehmer Art und — versteht sich: nur zum Schein.

Endlich war der Kauf perfekt.

„Ich bitte Sie, Herr Crèce, die Schmuckstücke in mein Hotel zu schicken — Hotel „Metropol“ . . . Marquis de Faurère — Zimmer Nummer 14/15. Ich bitte Sie aber, das Befahste nicht vor 1/6 Uhr abends zu senden, da ich vorher noch einen Besuch zu machen habe und nicht im Hause bin. Und darum legen Sie wohl der Sendung die Quittung gleich bei. Selbstverständlich zahle ich gegen bar. Sie haben wohl die Freundlichkeit, mir einen Menschen zu schicken, dem ich den Betrag mitgeben kann, ja?“

„Ich werde selbst kommen, Herr Marquis,“ beeilte sich der Juwelier zu versichern.

„Das sollte mich besonders freuen! Also bitte, nicht vor 1/6 Uhr, nicht wahr? Vorher werden Sie mich, wie gesagt, nicht antreffen.“

Monsieur Crèce dienerte.
Er hatte ein sehr gutes Geschäft gemacht.

Lebensmittel, Fleisch, Gemüse, Brot usw. stets in weißem Ein- schlagpapier mitgeben und verzichte auf ein Umhüllen mit Zeitungspapier, das doch meist aus ganz beliebigen, fremden Haushalten stammt. Warum soll man den Bakterien die Ueber- siedlung so leicht machen? Und zu Hause werden Brot und Gem- meln nicht auf Tischen oder zwischen ungewaschenem Gemüse und Obst herumgelegt, sondern sie wandern sofort in geschlossene Gefäße und werden selbstverständlich nur mit gewaschenen Hän- den angefaßt.

Ueberhaupt die Hände! Man glaubt ja nicht, was für Bak- terien gerade durch die Hände übertragen werden! Die Jugend- erziehung sollte in Haus und Schule doch noch viel mehr auf die Pflege der Hände als auf eine Grundforderung der Hygiene sehen! Oder da bleibt der Zucker im Zuckernäpfschen von einem Tag zum anderen offen stehen, soundsso viele Nahrungsmittel liegen zum Vergnügen der Fliegen, die bekanntlich die schlimm- sten Bazillenträger sind, unbedeckt herum; Briefmarken werden zum Aufkleben mit der Zunge beseuchtet, nachdem man sie wo möglich tagelang in der Geldtasche zwischen Papiergeld oder Kleingeld aufbewahrt hat. Nadeln werden im Munde gehalten. Hunde oder Katzen, die sich kurz vorher sonstwo herumgetrieben haben, geliebkost! Wie groß ist in einem Haushalt, wo es Klein- kinder gibt, z. B. die Gefahr einer Uebertragung des Hunde wurms!

Eine hygienische Gedankenlosigkeit ist es aber auch, im Eisenbahnabteil links und rechts ohne Rücksicht auf andere die Fenster aufzureißen. Dem einen schadet es nichts, der zweite holt sich einen Schnupfen, der dritte eine Mandel- oder Lungen- entzündung; gerade in der Widerstandskraft gegen Zugluft ist ja die körperliche Struktur der Menschen ganz und gar ver- schieden. Rücksicht auf unsere Mitmenschen, Gefühl für Anstand aber auch für — Abstand: damit fängt alle Hygiene an; es ist wirklich eine böse Angewohnheit, bei der Unterhaltung dem anderen auf wenige Zentimeter Entfernung ins Gesicht zu sprechen und ihm dauernd auf den Leib zu rücken. Ebenso ge- dankenlos ist es, auf Kinderspielflächen oder am Strand in den Sand zu spucken oder seinen Hund sich dort tummeln usw. zu lassen.

Und was sündigen wir an unseren Nerven! Wir lesen beim Essen, anstatt Geist und Nerven hier die verdiente Entspannung zu gönnen; wir haben uns gewöhnt, zu telephonieren, dabei Notizen zu machen und auch noch die Fragen eines Nebenstehen- den zu beantworten; wir schnallen die Kopfhörer an, um im Radio Musik zu hören, und lesen gleichzeitig einen Roman! Es gibt keinen schlimmeren Raubbau an unserer Nervenkraft! Und früh stehen wir im allerletzten Moment auf, stürzen den Kaffee hinunter, nehmen uns kaum Zeit, richtig zu essen, jagen ins Geschäft und beginnen abgehetzt den Dienst. Nur fünf bis sechs Minuten eher heraus! Dein Magen, deine Nerven, deine Stimmung profitieren und werden es dir danken!

D. K. W.

Sein telephonischer Anruf im Hotel „Metropol“ bestätigte ihm, daß der Marquis Faurère die Zimmer 14 und 15 seit gestern bewohne.

Monsieur Crèce rieb sich die Hände. Solch fette Geschäfte gab es nur wenige im Jahr.

Er ahnte nicht, daß er einem ganz raffinierten Schwindler in die Hände gefallen war, daß er das Opfer eines fein ausgeklügel- ten Gaunertricks werden sollte!

Der famose „Marquis de Faurère“ machte an diesem Tage allerdings einen Besuch: er besuchte ein kleines Eisenwaren- geschäft. Hier kaufte er einen kleinen Hammer, einen Meißel, einen Schraubenzieher und eine Blattsäge „für sein Auto“, wie er dem Verkäufer versicherte. Mit diesen Dingen ausgerüstet, kehrte er in sein Hotel zurück. Er entledigte sich seines Ueber- rocks und machte sich an die Arbeit. Er arbeitete vollkommen geräuschlos und mit großer Geschicklichkeit. Ein dickes Tuch dämpfte die Hammerschläge.

Nach zwei Stunden verließ er das Hotel, besuchte ein Restau- rant, vertiefte sich in eine Zeitung und kehrte um 5 Uhr abends nach Hause zurück.

Mit großer Ruhe harrete er der Ankunft des Juweliers.

Der war auf die Minute pünktlich

Herablassend, aber nicht unfreundlich, bot der Herr Marquis Herrn Crèce die Hand.

„Sie sind pünktlich. Das freut mich. Bitte, nehmen Sie Platz. Wissen Sie, ich glaube, ich habe doch ein bißel zu teuer bei Ihnen gekauft, Herr Crèce.“

(Fortsetzung folgt)